

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote, Renate Ackermann** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**,

Markus Rinderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Steiger, Angelika Weikert und **Fraktion (SPD)**,

Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Claudia Jung und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Finanzierung der Altenpflegesschulen nachhaltig sichern!

Der Landtag wolle beschließen:

Es werden unverzüglich die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass spätestens ab dem Schuljahr 2011/2012 auch bei steigenden Schülerzahlen auf die Erhebung von Schulgeld für Schülerinnen und Schüler der privaten Berufsfachschulen für Altenpflege und Altenpflegehilfe verzichtet werden kann. Die Staatsregierung wird beauftragt, entsprechende Vereinbarungen mit den Trägern der Altenpflegesschulen zu treffen.

Begründung:

Die Anzahl an Schülerinnen und Schülern in den privaten Altenpflegesschulen ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich angestiegen. Dieser im Lichte des zunehmenden Mangels an Pflegekräften sehr erfreuliche Trend muss durch eine nachhaltige Finanzierung der Altenpflegeausbildung stabilisiert werden. Die Finanzierung der Altenpflegesschulen muss so ausgestaltet werden, dass sich steigende Schülerzahlen nicht negativ auf die finanzielle Situation der Altenpflegesschulen auswirken. Der staatliche Betriebskostenzuschuss für die Altenpflegesschulen gemäß Bayerischem Schulfinanzierungsgesetz soll von 79 auf 100 Prozent erhöht werden. Zusätzlich soll der Freistaat auch weiterhin als ergänzende freiwillige Leistung einen auf klassenbezogene Förderung umgestellten Schulgeldausgleich zahlen. Auf dieses Modell hatte sich bereits im Dezember 2010 eine vom Staatsministerium für Unterricht und Kultus eingesetzte Arbeitsgruppe geeinigt. Leider wurde auch nach einem neuerlichen Treffen der Arbeitsgruppe Mitte Juli 2011 deren Vorschlag von der Staatsregierung nicht übernommen.